satzberechtigten geltend gemacht werden. Gibt der Ersatzberechtigte seinen Ersatzanspruch oder ein zur Sicherung des Anspruchs dienendes Recht auf, so entfällt die Leistungspflicht des Entschädigungsfonds insoweit, als er aus dem Anspruch oder dem Recht hätte Ersatz erlangen können.

(7) Der Entschädigungsfonds erbringt Leistungen an ausländische Staatsangehörige nur bei Vorliegen der Gegenseitigkeit.

§ 14

Träger des Entschädigungsfonds

Die Wahrnehmung der Aufgaben des Entschädigungsfonds übernimmt bis zur Errichtung einer dafür zuständigen speziellen Einrichtung die Deutsche Versicherungs-AG.

§ 15

Bildung des Entschädigungsfonds

Die für Leistungen nach § 14 entstehenden Aufwendungen (einschließlich Kosten) sind von den zum Betrieb der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung in der DDR befugten Versicherern, anteilig nach Maßgabe ihrer Beitragseinnahmen in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung zu tragen. Einzelheiten legt das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen fest.

Fünfter Abschnitt

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 16

Übergangsbestimmungen

(1) Für die vor dem 10. August 1990 zugelassenen Fahrzeuge, für Kleinkrafträder und motorisierte Krankenfahrstühle besteht der Versicherungsschutz auf der Grundlage der bisherigen Pflichtversicherungsregelungen bis zum 31. Dezember 1990 fort. Für diese Fahrzeuge behält die Kraftfahrzeug-Steuer- und Versicherungskarte als Nachweis des bestehenden Versicherungsschutzes gemäß § 1 Abs. 2 Gültigkeit.

(2) Die Versicherungsverhältnisse nach Abs. 1 werden mit

Berlin, den 1. August 1990

Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

de Maizière
Ministerpräsident

Dr. Romberg
Minister der Finanzen

dem 31. Dezember 1990 beendet, ohne daß es einer Kündigung bedarf. Die Halter der Fahrzeuge sind verpflichtet, mit Wirkung ab 1. Januar 1991 eine Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung nach dieser Verordnung abzuschließen.

(3) Für bestehende Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen findet § 11 erst ab 1. Januar 1991 Anwendung.

(4) Im Falle des § 13 Abs. 1 Nr. 2 kann der Ersatzberechtigte seine Ersatzansprüche ohne die im § 13 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 vorgesehenen Einschränkungen geltend machen, wenn das den Schaden verursachende Ereignis zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 1991 eingetreten ist und der Halter des Fahrzeugs der Verpflichtung nach Abs. 2 nicht nachgekommen ist. § 15 ist entsprechend anzuwenden.

§ 17

Schlußbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 10. August 1990 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. (1.) Verordnung vom 16. November 1961 über die Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung (GBl. II Nr. 78 S.503) i. d.F. der 2. Verordnung vom 12. Januar 1971 (GBl. II Nr. 14 S. 93),
2. 1. Durchführungsbestimmung vom 17. November 1961 zur Verordnung über die Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung (GBl. II Nr. 78 S. 504) i. d. F. der 3. Durchführungsbestimmung vom 20. August 1966 (GBl. II Nr. 93 S. 592),
3. 2. Durchführungsbestimmung vom 16. März 1964 zur Verordnung über die Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung (GBl. II Nr. 25 S. 215) i.d. F. der Anordnung vom 12. Januar 1971 über die Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung (GBl. II Nr. 14 S.93; Ber.Nr.24 S. 216),
4. Anordnung vom 12. Januar 1971 über die Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung (GBl. II Nr. 14 S. 93; Ber.Nr. 24 S. 216). Als Bestandteil der bis zum 31. Dezember 1990 fortbestehenden Versicherungsverhältnisse behalten die Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung weiterhin Gültigkeit.